



DIE BOMBE IST EINE SCHLECHTE INVESTITION

atomwaffenfrei.
jetzt
april 2012

DEUTSCHE BANKEN FINANZIEREN ATOMWAFFEN

Deutsche Finanzinstitute unterstützen Unternehmen bei der Herstellung und Modernisierung von nuklearen Waffen. Nach dem Bericht der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) und die Firma Profundo für ethisches Investment investieren u.a. Deutsche Bank, Allianz, Commerzbank und BayernLB in die Hersteller von Atomwaffen.

Die 180-seitige Studie „Don't Bank on the Bomb“ (Die Bombe ist eine schlechte Investition) ist die erste globale Umfrage über Investitionen in Herstellerfirmen von Nuklearwaffen. Sie identifiziert mehr als 300 Finanzinstitute in 30 Ländern mit erheblichen Investitionen in Unternehmen, die US-amerikanische, britische, französische und indische Atomsprengköpfe sowie Raketen, Bomber und atomwaffenfähige U-Boote produzieren. Elf der Finanzinstitute sind in Deutschland ansässig.

„Jeder Einsatz von Atomwaffen ist völkerrechtswidrig und hätte katastrophale humanitäre Folgen. Durch die Investition in Hersteller von Atomwaffen erleichtern deutsche Finanzinstitute den Aufbau der nuklearen Streitkräfte. Dies unterminiert alle Bemühungen um eine atomwaffenfreie Welt und erhöht das Risiko, dass diese ultimativen Massenvernichtungswaffen künftig noch einmal verwendet werden“, sagte Tim Wright, ein ICAN-Aktivist aus Australien und Co-Autor des Berichts.

Laut Studie geben atomar bewaffnete Nationen mehr als US\$ 100 Milliarden pro Jahr für die Instandhaltung und Modernisierung ihrer nuklearen Streitkräfte aus, durch Unternehmen wie BAE Systems in Großbritannien, Lockheed Martin und Northrop Grumman in den Vereinigten Staaten, Thales in Frankreich und Larsen & Toubro in Indien. Finanzinstitute investieren durch langfristige Kredite und den Besitz von Aktien und Anleihen in diese Unternehmen.



„Banken und andere Finanzinstitute sollten genötigt werden, das Richtige zu tun: Nämlich durch einen Kapitalabzug von der unmoralischen Atomwaffenindustrie die Bemühungen zur Beseitigung der Bedrohung durch radioaktive Einäscherung zu unterstützen anstatt sie zu behindern.“

Desmond Tutu, Friedensnobelpreisträger und ICAN-Unterstützer

„Deutsche Banken müssen aufhören, Unternehmen zu unterstützen, die an dieser gefährlichen und illegitimen Industrie beteiligt sind. Wir als KundInnen müssen fordern, dass unser Geld nicht für den Erhalt und die Modernisierung von Atomwaffen verwendet werden darf. Wenn die Banken nicht hören wollen, werden sie den Kundenverlust zu spüren bekommen“, sagt Xanthe Hall, Sprecherin der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“ und Abrüstungsreferentin der IPPNW.

Der prominente südafrikanische Aktivist und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu unterstützt die Kampagne. „Banken und andere Finanzinstitute sollten genötigt werden, das Richtige zu tun: Nämlich durch einen Kapitalabzug von der unmoralischen Atomwaffenindustrie die Bemühungen zur Beseitigung der Bedrohung durch radioaktive Einäscherung zu unterstützen anstatt sie zu behindern“, schreibt er im Vorwort des Berichts. „Divestment“ sei entscheidend gewesen für die Kampagne für die Beendigung von Apartheid in Südafrika. Heutzutage könne und müsse die gleiche Taktik eingesetzt werden, um die schlimmste Erfindung der Menschen herauszufordern: die Atombombe. Nie-

mand dürfe von dieser schrecklichen Industrie des Todes profitieren, die die Menschheit bedrohe.

DIE FINANZIERUNG VON ATOMWAFFEN

Jedes Jahr geben die neun Atomwaffen-Nationen eine Gesamtsumme von mehr als 100 Milliarden US-Dollar für ihre Atomstreitkräfte aus – für die Montage neuer Sprengköpfe, die Modernisierung alter Sprengköpfe sowie den Bau von Raketen, Bombern und U-Booten, um sie abzufeuern. Viele dieser Arbeiten werden von privaten Gesellschaften ausgeführt, die durch ein riesiges Netz von Finanzinstituten auf der ganzen Welt, einschließlich von solchen aus Deutschland, finanziert werden.

Im März 2012 hat die Internationale Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons/ICAN) den bahnbrechenden Bericht „Die Bombe ist eine schlechte Investition“ (Don't Bank on the Bomb) herausgebracht, in dem mehr als 300 Banken, Pensionsfonds, Versicherungen und Kapitalanlageverwalter in 30 Ländern ausgewiesen werden, die sich mit beträchtlichen Investitionen an Atomwaffenfirmen beteiligen. Die 180 Seiten lange Studie liefert Details über finanzielle Transaktionen mit 20 Firmen, die stark an

der Herstellung, Instandhaltung und Modernisierung der Atomstreitkräfte von USA, Großbritannien, Frankreich und Indien beteiligt sind.

ICAN argumentiert folgendermaßen: Indem sie in diese Firmen investieren, erleichtern Finanzinstitute tatsächlich den Aufbau von Nuklearstreitkräften, unterminieren die Anstrengungen, eine atomwaffenfreie Welt zu erreichen, und erhöhen das Risiko, dass eines Tages diese ultimativen Massenvernichtungswaffen wieder benutzt werden. Die meisten Regierungen haben anerkannt, dass jeder Gebrauch von Atomwaffen katastrophale humanitäre Konsequenzen hätte und internationales Recht verletzen würde.

Von den ca. 300 erwähnten Finanzinstituten hat etwa die Hälfte ihren Sitz in den Vereinigten Staaten und ein Drittel in Europa. Institute aus Asien, Australien und dem Mittleren Osten werden ebenfalls aufgeführt. Unter den Instituten, die sich am meisten an der Finanzierung von Atomwaffenherstellern beteiligen, sind die Bank of America und JP Morgan Chase in den Vereinigten Staaten; BNP Paribas in Frankreich; Allianz und Deutsche Bank in Deutschland; Mitsubishi UJF Financial in Japan; BBVA und Banco Santander in Spanien; Crédit Suisse und UBS in der Schweiz; und Barclays, HSBC, und RBS in Großbritannien.

Der Bericht ruft zu Aktionen nach Art einer Basisbewegung auf, um die Finanzinstitute unter Druck zu setzen, solchen Firmen Kapital zu entziehen, die an der Atomwaffenindustrie beteiligt sind. Er betont die humanitären, rechtlichen und Umweltargumente für einen Kapitalabzug, besonders hebt er das einzigartige zerstörerische Potential von Atomwaffen hervor. Zusätzlich zum Vorbringen der ethischen Gründe für den Kapitalabzug warnt er auch vor den Gefahren für das Ansehen, die mit der Finanzierung von Atomwaffen verbunden sind, und hebt die positive Rolle hervor, die Finanzinstitute bei der Annäherung an eine atomwaffenfreie Welt spielen könnten.



DIE ATOMWAFFENHERSTELLER

Der Bericht untersucht Investitionen bei 20 Firmen, die stark an der Atomwaffenarbeit für die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Indien beteiligt sind. Sie stellen keine erschöpfende Liste der Atomwaffenhersteller dar. Zum Beispiel wird Russlands regierungseigene Gesellschaft Rosatom nicht in diesem Bericht erwähnt. Die 20 Firmen sind:

Alliant Techsystems produziert Raketenantriebssysteme für U-Boot-gestützte Trident-II-Raketen und Minuteman-III-Interkontinentalraketen für die Vereinigten Staaten

Babcock International ist beteiligt an der Entwicklung einer neuen Klasse von atomar bewaffneten U-Booten für das Vereinigte Königreich und die Instandhaltung der existierenden U-Boot-Flotte des Landes

Babcock & Wilcox beliefert die US-Regierung mit nuklearen Komponenten für ihre Verteidigungsprogramme und betreibt das Pantex-Werk der Nationalen Atomsicherheitsbehörde (National Nuclear Security Administration), wo es nukleare Sprengköpfe modernisiert

BAE Systems ist Teil eines Joint Ventures, das Atomraketen für die französische Luftwaffe produziert, und ebenfalls an der Entwicklung von Großbritanniens geplanten neuen atomar bewaffneten U-Booten beteiligt

Bechtel leitet die Los Alamos und Lawrence Livermore National Laboratories, wo die Forschung, Design und Entwicklung von Atomwaffen stattfindet, sowie die „Sicherheit und Zuverlässigkeit“ des derzeitigen US-Atomwaffenbestandes überwacht werden

Boeing wartet die Minuteman-III-Interkontinentalraketen im US-Arsenal, ist verantwortlich für Lenkung, Flugkontrolle, Waffensystemtests und Technik

EADS ist eine niederländische Gesellschaft, die U-Boot-gestützte Atomraketen für die französische Marine produziert und wartet. Sie ist Teil eines Joint Ventures, das verantwortlich für den Bau neuer Atomraketen für die französische Luftwaffe ist

Finmeccanica ist eine italienische Gesellschaft, die einen 25%-Anteil an MBDA besitzt, dem Joint Venture, das Atomraketen für die französische Luftwaffe baut

GenCorp ist beteiligt an der Konstruktion, Entwicklung und Produktion von land- und seegestützten atomaren Raketensystemen

General Dynamics bietet Wartung, technische Planung und Unterstützung für US-U-Boote der Ohio-Klasse, die mit Trident-Atomraketen ausgestattet sind

Honeywell International produziert fast 85 Prozent der nuklearen Komponenten der US-Atomwaffen, ist beteiligt an simulierten Atomtests und Lebensverlängerungsprogrammen für die Trident-II-Atomraketen der US-Marine

Jacobs Engineering besitzt ein Drittel der Anteile des Atomic Weapons Establishments, wo britische Nuklearsprengköpfe konstruiert und modernisiert werden

Larsen & Toubro ist eine indische Gesellschaft, die an der Konstruktion und am Bau von nuklearbewaffneten U-Booten der indischen Marine beteiligt ist

Lockheed Martin ist beteiligt an der Produktion und Wartung von Nuklearwaffen sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für Großbritannien. Das Unternehmen ist dabei verantwortlich für die Konstruktion der U-Boot-gestützten Trident-II-D5-Atomraketen

Northrop Grumman leitet ein Gemeinschaftsprojekt, das für Produktion und Wartung der Minuteman-III-Atomraketen verantwortlich ist

Redhall Group führt verschiedene mechanische und elektrische Technikverträge für das Atomic Weapons Establishment im Vereinigten Königreich durch

Rolls-Royce ist Teil eines britischen Jointventures zur Entwicklung von einer neuen Klasse atomwaffenbestückter U-Boote und ist auch an der Instandhaltung der bestehenden U-Boot-Flotte beteiligt.

Safran ist eine französische Gesellschaft, die Teil eines Joint Ventures zum Bau der neuen U-Boot-gestützten M51-Raketen für die französische Marine ist. Jede dieser Raketen kann mehrere nukleare Sprengköpfe abfeuern

Serco Group besitzt ein Drittel der Anteile des Atomic Weapons Establishments, wo britische Nuklearsprengköpfe konstruiert und modernisiert werden

Thales ist eine französische Gesellschaft, die an einem Vertrag zum Bau der M51-Atomraketen für die neuen französischen U-Boote beteiligt ist, der einen geschätzten Umfang von drei Milliarden Euro hat.

Ausführlichere Informationen zu den Atomwaffenherstellern sind hier zu finden: <http://bit.ly/atomwaffenhersteller>

ARGUMENTE FÜR EINEN KAPITALABZUG

Ein Kapitalabzug lässt Nuklearwaffen nicht mehr legitim erscheinen und stellt Programme zur Modernisierung des existierenden Atomwaffenarsenals in Frage. Sein Ziel ist es, Firmen zu zwingen, sich aus der Atomwaffenindustrie zurückzuziehen. Während es unwahrscheinlich ist, dass der Kapitalabzug nur eines einzigen Finanzinstituts ausreichenden Druck auf eine Firma ausüben könnte, ihre Beteiligung an der Atomwaffenarbeit zu beenden, hätte der Kapitalabzug vieler Institute aufgrund derselben ethischen Verpflichtung einen signifikanten Einfluss auf die strategische Ausrichtung dieser Firma.

Zehn Argumente für einen Kapitalabzug:

1 Unmenschliche Waffen: Finanzinstitute sollten nicht in Firmen investieren, die Waffen produzieren, die durch ihren regulären Gebrauch katastrophalen humanitären Schaden hervorrufen.

2 Illegale Waffen: Finanzinstitute sollten nicht die Herstellung von Waffen unterstützen, deren Gebrauch illegal ist und die aufgrund einer internationalen gesetzlichen Verpflichtung abgeschafft werden sollen.

3 Umweltschaden: Finanzinstitute sollten sich von Firmen abwenden, die Waffen produzieren, die weitreichende, langfristige und schwere Umweltschäden verursachen.

4 Bedrohung für den Frieden: Finanzinstitute sollten nicht in die Modernisierung von Nuklearwaffen investieren, weil dies Abrüstungsbemühungen unterminiert und die Weiterverbreitung von Atomwaffen anregt.

5 Gefahr der Rufschädigung: Die Investition in Atomwaffen kann das öffentliche Image eines Finanzinstitutes schädigen. Meinungsumfragen weltweit zeigen einen starken öffentlichen Widerstand gegen Atomwaffen.

6 Risiko eines Kundenboykotts: Finanzinstitute riskieren es, Ziel eines Kundenboykotts zu werden, wenn sie sich weigern, von Atomwaffenfirmen Kapital abzuziehen.

7 Unsichere Investitionen: Die Investition in Nuklearwaffenfirmen ist schon an sich risikoreich, da die Gefahr von Unfällen, die radioaktive Kontamination in Atomwaffen-einrichtungen beinhalten, gegeben ist.

8 Positiver Beitrag: Ein Kapitalabzug wird einen positiven Beitrag im Kampf, Nuklearwaffen zu vernichten, leisten, indem er die Firmen zwingt, sich aus dem Atomwaffengeschäft zurückzuziehen.

9 Glückliche Angestellte: Das Investieren in Atomwaffenfirmen kann schlecht für die Moral der Mitarbeiter sein, wohingegen ein Kapitalabzug die Angestellten stolz darauf macht, für eine Institution mit ethischen Grundsätzen zu arbeiten.

10 Verbessertes Corporate Image: Das Ausschließen von Atomwaffenfirmen wird das Corporate Image eines Finanzinstitutes verbessern und verschafft ihm so einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Firmen

DEUTSCHE INVESTITIONEN

Der Bericht fand heraus, dass elf deutsche Finanzinstitute in hohem Maße in Firmen investieren, die Atomwaffen und ihre Abschusssysteme für die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich herstellen. Allianz, Deutsche Bank, BayernLB und Commerzbank investieren am massivsten.

Die Allianz ist Großaktionär und/oder Obligationeninhaber von neun US-amerikanischen, britischen oder französischen Atomwaffenproduzenten: Alliant Techsystems, BAE Systems, Boeing, General Dynamics, Honeywell International, Lockheed Martin, Northrop Grumman, Safran und Serco. Ihre größten Aktienbeteiligungen sind bei Boeing (353 Millionen US-Dollar), Northrop Grumman (339 Millionen US-Dollar) und Lockheed Martin (295 Millionen US-Dollar).

Die Bayern LB hat in den letzten Jahren Kredite in einer Gesamthöhe von schätzungsweise 900 Millionen US-Dollar an sieben Nuklearwaffenproduzenten vergeben: Babcock International, BAE Systems, Boeing, EADS, Finmeccanica, Rolls-Royce, Serco Group.

Die Commerzbank hat in den letzten Jahren Kredite in einer Gesamthöhe von schätzungsweise 800 Millionen US-Dollar an sieben Nuklearwaffenproduzenten vergeben: BAE Systems, Boeing, EADS, Finmeccanica, Rolls-Royce, Safran und Thales. Sie war außerdem an den letzten Wertpapieremissionen dreier dieser Firmen beteiligt.

Die Deka Bank besitzt Anleihen im Wert von 12,8 Millionen US-Dollar der niederländischen Firma EADS und von 10,4 Millionen US-Dollar der französischen Firma Thales.

Die Deutsche Bank besitzt Aktien und Wertpapiere von oder hat in der letzten Zeit Kredite vergeben an die folgenden 13 Nuklearwaffenproduzenten: Alliant Techsystems, BAE Systems, Boeing, EADS, Finmeccanica, GenCorp, General Dynamics, Honeywell International, Lockheed Martin, Northrop Grumman, Rolls-Royce, Safran und Thales. Ihre größten Investitionen sind bei BAE Systems (715 Millionen US-Dollar), Boeing (561 Millionen US-Dollar), Honeywell International (548 Millionen US-Dollar), Northrop Grumman (468 Millionen US-Dollar) und Thales (449 Millionen US-Dollar).

Die DZ Bank verlieh im April 2011 geschätzte 111 Millionen US-Dollar an EADS und 2009 geschätzte 92 Millionen an Finmeccanica. Sie besitzt außerdem Wertpapiere im Wert von 8 Millionen US-Dollar von Thales.

Die Helaba verlieh im April 2011 geschätzte 111 Millionen US-Dollar an EADS.

Die KfW verlieh im April 2011 geschätzte 111 Millionen US-Dollar an EADS.

Die Landesbank Baden-Württemberg verlieh im Juli 2008 geschätzte 92 Millionen US-Dollar an Finmeccanica.

Die Münchner Rück-US-Tochtergesellschaft Munich Reinsurance America besitzt Wertpapiere im Wert von 43 Millionen US-Dollar von BAE Systems.

Die Universal-Investment-Gesellschaft besitzt Aktien im Wert von 740.000 US-Dollar von der Redhall Group.



„Jeder mit einem Bankkonto oder einem Rentensparplan hat die Macht zu bestimmen, dass sein oder ihr Geld ethisch investiert wird – in einer Form, die kein Kapital in ein die Welt gefährdendes Atomwaffenunternehmen einbringt.“

Setsuko Thurlow, Überlebende des US-Atombombenabwurfes auf Hiroshima

VORGEHEN GEGEN BANKEN

Falls Finanzinstitute sich nicht durch ethische Argumente zu einem Kapitalabzug von der Atomwaffenindustrie überzeugen lassen, sollten Campaigner ihnen die Risiken einer Verweigerung des Kapitalabzuges darstellen. Die folgenden Aktionen werden dabei helfen, öffentliche Aufmerksamkeit auf die Unterstützung zu lenken, die Finanzinstitute dieser ungeheuerlich unethischen Industrie zuteilwerden lassen.

Proteste bei Banken: Das Verteilen von Flugblättern an Bankkunden, wenn sie Bankfilialen betreten oder Geldautomaten benutzen, wird ihnen bewusst machen, auf welcher unethischen Weise ihre Geldeinlagen genutzt werden, und sie ermutigen, zu erwägen, es zu einer sozial verantwortlicheren Bank zu transferieren. Jugendcampaigner des norwegischen Roten Kreuzes nutzten diese Taktik, um Banken in ihrem Land von einem Kapitalabzug zu überzeugen. Straßentheater oder Flashmobs könnten in ähnlicher Weise genutzt werden.

Briefe und Petitionen: Es ist wichtig, dass Banken und anderen Finanzinstituten bewusst gemacht wird, dass sowohl die allgemeine Öffentlichkeit als auch ihre eigenen Kunden ihre Investitionen bei Nu-

klarwaffenproduzenten ablehnen. Das Schreiben von Briefen an das geschäftsführende Vorstandsmitglied, den kaufmännischen Geschäftsführer oder den Vorstandsvorsitzenden kann dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen. Das Sammeln von Unterschriften außerhalb der Bankfiliale kann ebenfalls effektiv sein.

Events und Unterstützer: Finanzinstitute erwerben häufig Namensrechte für große Events wie z.B. Sportwettkämpfe. Diese Veranstaltungen bieten Campaignern die einzigartige Möglichkeit, öffentliche Aufmerksamkeit auf die Investitionen des Institutes bei Atomwaffenherstellern zu lenken, entweder durch Proteste oder Medieninterviews. Banken nutzen oft auch berühmte Fürsprecher, um ihr Markenimage zu verbessern. Diese Personen können ermutigt werden (z.B. durch Twitter,) Stellung gegen diese Investitionen zu beziehen.

Aktionärsversammlungen: Campaigner können wählen, Aktienanteile von Finanzinstituten zu erwerben oder sich Stimmrechte von anderen Aktionären zu verschaffen, um deren Investitionsentscheidungen zu beeinflussen. Aktionäre haben grundsätzlich das Recht, Fragen an den Vizepräsidenten bei der Jahreshauptversammlung zu stellen, und sie

können auch das Recht haben, Resolutionen vorzulegen, die vorschlagen, dass die Finanzinstitute Kapital von Nuklearwaffenfirmen abziehen. Aktionärstreffen bieten ein wichtiges Forum, um Bewusstsein bei dieser Schlüssel-Zielgruppe zu schaffen.

Wenn Banken einen deutlichen Unwillen ausdrücken, von Atomwaffenproduzenten Kapital abzuziehen, sollten die Kunden ihr Geld woandershin mitnehmen und andere ermutigen, dasselbe zu tun. Wenn eine ausreichende Anzahl von Menschen ein bestimmtes Finanzinstitut boykottiert, mag es sich genötigt fühlen, seine Unterstützung der Atomwaffenindustrie zu überdenken. Eine Kapitalabzugskampagne hat das Potential signifikant zum Kampf für eine atomwaffenfreie Welt beizutragen.

Die komplette Studie kann hier heruntergeladen werden:

www.dontbankonthebomb.com

IMPRESSUM

1. Auflage April 2012
Eine Information der Kampagne atomwaffenfrei.jetzt
ViSdP: Xanthe Hall
AutorInnen: Tim Wright, ICAN; Xanthe Hall, IPPNW
Übersetzung: Maja Dietrich-Kummetz
Layout: Xanthe Hall, IPPNW

KONTAKT:

Roland Blach, Koordinator
atomwaffenfrei.jetzt
Werastr. 10, 70182 Stuttgart
Tel: 0711-51 88 56 01
info@atomwaffenfrei.de

www.atomwaffenfrei.de